

Potsdam, 16. September 2026

Pressemitteilung

Potsdam braucht mehr Schutz für Mieterinnen und Mieter

Anlässlich der morgigen Übergabe der Petition „Mietrecht stärken – Umwandlungen stoppen und Sperrfrist verlängern!“ an den Landtag Brandenburg fordert die SPD-Fraktion Potsdam einen stärkeren Schutz für Mieterinnen und Mieter.

Potsdam hat seit Jahren einen angespannten Wohnungsmarkt. Weniger als 0,3 Prozent Leerstand, kontinuierlich steigende Mieten und ein schleppender Wohnungsneubau spitzen die Lage in Potsdam immer weiter zu.

Neben dem Neubau von freifinanzierten und mietpreisgedämpften Wohnungen müssen auch Sicherheiten für Mieterinnen und Mieter gestärkt werden.

Wir fordern die Landesregierung daher auf, die Sperrfrist für Eigenbedarfskündigungen von Mietwohnungen, die in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, von derzeit drei auf bis zu zehn Jahre zu verlängern. Für Potsdam wurde der angespannte Wohnungsmarkt im Dezember 2025 festgestellt. Mieterinnen und Mieter müssen bei Kündigungen wegen Eigenbedarfs oder wirtschaftlicher Verwertung länger geschützt werden.

Dabei geht es nicht nur um einkommensschwache Haushalte oder WBS-Berechtigte. In Potsdam gibt es große Gruppen von Normalverdienerinnen und Normalverdienern, die ebenfalls auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Die Interessen dieser für Potsdam besonders relevanten Gruppen müssen endlich stärker in den Fokus öffentlicher Wohnungspolitik rücken.

Es darf nicht allein vom Geldbeutel abhängen, wer sich das Leben in Potsdam leisten kann und wer hierbleiben oder neu hinzuziehen kann.

Frank Reich, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, erklärt dazu: „Gentrifizierung bedeutet auch eine ungewollte Vertreibung aus dem vertrauten Umfeld und führt für viele Menschen zu großer Ungewissheit. Zumutbare und sichere Mietverhältnisse sind eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Stadt.“